

Wir brauchen einen Kanzler, der zuerst die Menschen versteht und erst dann die Wirtschaft!

Die Parteien, die in Österreich für eine Regierungskoalition oder für eine Alleinregierung anstehen, vertreten inzwischen in Wirklichkeit alle die gleiche Gruppe: Die neoliberalen Kapitalgesellschaften mit ihren Investorinnen und Investoren.

Wer dadurch kaum mehr vertreten ist, sind die Besitzlosen, die Lohnabhängigen, die Pensionierten und die Erwerbsarbeitslosen. Diese Gruppen werden zwar immer größer, aber durch eine geschickt gelenkte Meinungsbildung immer mehr als Versager und Schmarotzer abgestempelt und in die politische Bedeutungslosigkeit gedrängt.

Die ÖVP, vor allem, seit sie das Parteiprogramm der FPÖ übernommen hat, macht als *Bewegung Sebastian Kurz* nun zum Wohle der Leistungsträger gegen die Bedürftigen mobil. Sie droht denen, die von dieser Wirtschaft in das Abseits gedrängt werden, eine weitere Kürzung ihrer Versorgungsbezüge an. Unter dem Schlagwort, für die Leistungsträger zu sorgen verursacht sie damit eine weitere Verelendung von großen Menschengruppen. Hr. Mag. Kern, der Parteivorsitzende der SPÖ bemüht sich, dem Zeitgeist folgend, seine Wirtschaftskompetenz darzustellen. Die aktuelle Wirtschaftskompetenz lässt sich aber unter einem Schlagwort zusammenfassen: Ausbeutung. Damit verlieren auch die Menschen, die noch in Arbeit stehen, ihre politische Vertretung. Es werden damit nur mehr die Wirtschafts-Lobbies in Regierungsgeschäften vertreten.

Die Politik ist in der Praxis seit 2010 stark spürbar: 25% Kürzung im steirischen Sozialbudget anno 2011; Studiengebühren für Studierende, Ausdünnung der basisdemokratischen und subsidiären Strukturen (Schließung von Gemeindeämtern, Gemeindenzusammenlegungen, Auflösung von Gendarmerieposten, Schließung von Krankenhäusern usw.). Im Gegenzug dafür gibt es die Übernahme von Bankverlusten durch den Staat, die Übernahme von Lohnkosten durch die Allgemeinheit, Lohnstützungen für Unternehmer, Parken von Arbeitskräften in Stiftungen, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Förderung von prekären Arbeitsstellen, Zerschlagung der Gewerkschaftsblöcke usw.

Wie in der Vergangenheit wird wieder die Schuld den Schwächsten der Gesellschaft, den Flüchtlingen, den Schutzbedürftigen, den sozial Bedürftigen in die Schuhe geschoben. Es werden wieder abgrenzbare, propagandistisch leicht zu handhabende Gruppen wie Religionsgemeinschaften oder andere Randgruppen konstruiert und diese dann als Kriminelle, als Faule, als Schmarotzer oder terroristische Staatsfeinde diffamiert.

Die eigentlich Verantwortlichen für die Probleme stellen sich als Retter dar. Etwa Herr Minister Kurz, der für die Integration der Hilfesuchenden zuständig gewesen wäre, schiebt sein Versagen bei der gesellschaftlichen Integration multikultureller Gruppen auch den Migranten selbst in die Schuhe und hetzt gegen muslimische Vereine.

Schluss mit dem Aufhetzen von Gruppen gegeneinander!

Die Zerstörung unserer Werte geht nicht von den Hilfesuchenden aus, sondern von den Regierenden! Wenn die Regierung nicht mehr für alle und vor allem für die Schwächsten da ist, dann ist der soziale Friede gefährdet!

Die Antretenden Parteien und deren Klassifizierung gemäß unserer Einschätzung

Partei	Wählbar	Grund	Warum ein Systemwechsel notwendig ist:
SPÖ	nein	weil neoliberal	<p>Wir leben in einer gesellschaftlichen Realität, die unter Berufung auf demokratische Werte legitimiert scheint aber nicht in der Lage ist, die Mehrzahl der in ihr lebenden Menschen solidarisch am Wohlstand teilhaben zu lassen.</p> <p>Wachsende soziale Ungleichheit, steigende Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Krisen, ungesicherte Zukunft für den größten Teil der Bevölkerung sind die Folge.</p> <p>Vor allem den tonangebenden Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ liegt die Versorgung ihrer Klientel näher als das Wohl der Menschen allgemein.</p> <p>Das Wahlrecht und die Parteienfinanzierung ist auf Machterhalt von Eliten ausgerichtet.</p> <p>Wir sollten im Zusammenleben den nächsten Schritt gehen: Einbinden aller Menschen auf Augenhöhe!</p>
ÖVP (Deckname Kurz)	nein	weil neoliberal / feudalistisch	
FPÖ	nein	weil neoliberal / nationalistisch	
Grüne	bedingt	weil bürgerlich sozialisiert	
NEOS	nein	weil neoliberal	
WEIßE	ja	weil basisdemokratisch	
FLÖ/ EUAUS	nein	weil nationalistisch	
KPÖ Plus	ja	weil sozial	
Liste PILZ	ja	weil programmlos, als Chance	
GILT	ja	weil anarchistisch, als Chance	
Männerpartei	nein	weil spaltend	
SLP	ja	weil sozialistisch	

SPÖ / ÖVP / FPÖ sind seit ca. 30 Jahren die regierenden Verursacher der Probleme

Liste brennender politischer Probleme (auszugsweise):

Verhindern, dass Konzerninteressen über das Bürgerliche Recht gestellt wird.
Verhindern der Erosion der Chemie- und Strahlungsgrenzwerte zugunsten von Absatzmärkten.
Verbot von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln.
Vorantreiben eines kernwaffenfreien Europas (seit 2017 sind Kernwaffen von der UNO geächtet).
100 Km kernreaktorfreie Zone rund um Österreich und Verbot von Atom-Strom-Import.
Bedingungsloser Zugang zur Existenzsicherung fern vom Existenzminimum.
Gesetzliche Verurteilung nur aufgrund bewiesener Straftaten (Gedanken sind frei!).
Keine Überwachung oder Vorratsdatenspeicherung ohne konkrete Indizien einer Straftat.
Fortsetzen der Abrüstung im neutralen Österreich (Soldatenentsendung nur bei UNO-Mandat).
Austritt aus EURATOM.
Einführung basisdemokratischer Mitbestimmung auf allen Ebenen.
Privatisierungsstopp und Wiedervergemeinschaftung von Wohnen, Post, Kommunikation, Bahn, Grundstoffindustrie, Geldemission, Wasser und Abfallentsorgung.
Ändern der Wahlmodalitäten; Bevorzugung kleiner Gruppen bei Wahlantritt (Begleichung der Wahlkampfkosten für neue Gruppen, Abwahlmöglichkeit für Personen und Projekte).
Freier Zugang zum staatlichen Rundfunk für angemeldete Vereine und freie Radios
Einführung von Spekulationssteuern (Tobin-Steuern).
Verbindlichkeit von Wahlzusagen (ansonsten Verlust des Mandats).
Einführung von verbindlichen Sozialstandards in der EU (Sozialversicherung, Grundeinkommen, bilaterale Ausgleichszahlungen bei Differenzen).
Bei Betriebsabwanderungen Rückzahlung aller Förderungen und Infrastrukturkosten an die Republik.
Freier Bildungszugang (ohne Studiengebühren und Aufnahmetests, erbrachte Qualifikationen reichen – Matura, ECTS, ECVET).
Verbot von Verschuldungen ohne Zustimmung des Haftenden (d.h.: Staatsschulden nur nach Volksabstimmung).